



**Eine Stadt für Alle!  
Kaiserslautern**

Wahlprogramm zur  
Kommunalwahl 2019  
DIE LINKE.  
Kaiserslautern

**DIE LINKE.**

# **Eine Stadt für Alle! – Kaiserslautern!**

Wir haben in den letzten Jahren, sogar Jahrzehnten erlebt, wie Kaiserslautern von Investoren umgestaltet wurde. Durch den Investor ECE wurde die Innenstadt nicht unbedingt zum Wohle der Menschen umgekrempelt. Es gab dazu zwar einen Bürgerentscheid, der aber zugunsten jener entschieden wurde, die mit den großen Geldscheinen gewunken haben. Die Stadtoberen gaben immer wieder die Entscheidung über die Stadtentwicklung aus der Hand. Eine ganze Menge historischer Bausubstanz wurde abgerissen, oder musste, wie das Beispiel „Pfaff“ zeigt mit Zähnen und Klauen verteidigt werden.

Wir sagen: Die Menschen müssen mitbestimmen können, wie sich unsere Stadt entwickelt, wie die Zukunft dieser Stadt aussehen soll, weit über die Teilnahme an den Wahlen hinaus. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Diese Entwicklung geht auch an den Menschen in Kaiserslautern nicht vorbei. Immer mehr Menschen können sich immer weniger leisten. Arbeit, von der Mensch leben, Wohnungen finanzieren, Mobilität absichern, und auch mal weggehen kann, ist Mangelware. Soziale Absicherungen werden immer weiter gekürzt bzw. nicht adäquat angepasst.

Die Antwort auf diese Entwicklung muss klarmachen, dass in dieser Situation niemand zurückgelassen wird, und dass alle Menschen in Kaiserslautern am Leben in dieser Stadt ein Recht auf Teilhabe besitzen.

Eine Stadt für Alle! .....	4
1. Bezahlbarer Wohnraum für Alle! .....	5
2. Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben! .....	6
2.1. Sozialpass.....	6
2.2. Jugend- und Sozialarbeit .....	6
2.3. Barrierefreiheit / Behindertenpolitik .....	8
2.4. Mobilität.....	9
2.4.1. Sozialticket.....	10
2.5. Kultur .....	10
2.6. Direkte Demokratie.....	12
2.6.1. Bürger*innenhaushalt .....	12
2.6.2. Partizipation: Ortsbeiräte, Stadtteilforen, E- Demokratie .....	13
2.7. Solidarische Stadt.....	13
3. Das PFAFF-Gelände und die zukünftige Stadtentwicklung .....	14
3.1. Nachhaltigkeit und Integration.....	15
4. Ökologisches Kaiserslautern .....	16
5. Friedenspolitik .....	18
6. Faschismus bekämpfen .....	19
7. Finanzen / Haushalte .....	20

## Eine Stadt für Alle!

Die Notwendigkeit aus Kaiserslautern eine „Stadt für Alle“ zu formen ist im Kern eine soziale Frage. Es geht um die Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben, egal mit welchem Einkommen die Bürgerinnen und Bürger, die Familien ausgestattet sind, egal welcher Herkunft, welcher sexuellen Orientierung und auch egal mit welchen körperlichen oder geistigen Behinderungen.

Es geht um bezahlbaren Wohnraum, den Zugang zu Kulturveranstaltungen, um Mobilität. Die Schaffung einer barrierefreien Stadt, ob die Barrieren finanzieller Art oder mit gesundheitlichen Einschränkungen verbunden sind. Es geht um Inklusion aller Menschen, die in unserer Stadt leben. Um Teilhabe, nicht nur in Form des überall hingehen zu können, sondern weitergehend auch um die Teilhabe an Entscheidungsprozessen.



Unsere Kernforderungen sind deshalb:

## **1. Bezahlbarer Wohnraum für Alle!**

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wohnungsneubau findet fast ausschließlich für Vermögende statt, gleichzeitig geht der soziale Wohnungsbau zurück.

Dagegen tun wir was: Unser Antrag auf Einführung einer Sozialquote von 20% im Geschosswohnungsbau wurde in der Stadtratssitzung am 3. Dezember 2018 beschlossen.

Mit diesem Kompromiss wurde jedoch erst ein Anfang gemacht. Wir fordern in einem nächsten Schritt diese Quote auf 30% der Wohneinheiten bzw. mindestens 25% neu gebauter Wohnfläche zu erhöhen. Zur Verwirklichung einer inklusiven Stadt, in der alle Bevölkerungsschichten mit ihren jeweiligen Bedürfnissen ihren Platz finden, müssen außerdem weitere Schritte folgen: zusätzlich zur Sozialquote ist bezahlbarer Wohnraum auch für Gering- und Durchschnittsverdiener zu schaffen. Die Vergabe von städtischen Grundstücken muss nach Konzeptqualität, nicht nach Profit erfolgen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft muss stärker einbezogen werden und ihre Mieter mehr Rechte und Mitsprachemöglichkeiten erhalten. Milieuschutzgebiete sind auszuweisen, um die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu gewährleisten und soziale Segregation und Gentrifizierung auszuschließen. Spekulativer Leerstand muss verhindert werden, wenn nötig auch durch Art. 14 Abs. 3 des Grundgesetzes, die Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft sollen realistisch festgelegt werden, Zwangsräumungen aus kommunalen Wohnungen müssen verhindert werden und eine Einwohner\*innenbeteiligung bei Wohnbauvorhaben muss gewährleistet werden.

Um dies alles zu erreichen, wollen wir wohnungspolitische Handlungskonzepte und Leitlinien gemeinsam mit Betroffenen, Initiativen und den politischen Gremien erarbeiten.

## **2. Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben!**

### 2.1. Sozialpass

Armut ist leider Teil der sozialen Realität in Kaiserslautern. Viele Menschen können sich die Mieten und Energiekosten nicht mehr leisten, geschweige denn an kulturellen, gesellschaftlichen und sportlichen Veranstaltungen teilnehmen. Die Mobilität ist in erheblichem Maße eingeschränkt. Diese Zustände wollen wir in unserer Stadt nicht hinnehmen. Wir wollen allen Menschen in Kaiserslautern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Nur dann ist eine lebendige Demokratie möglich.

Der Sozialpass soll für alle nutzbar sein, die weniger verdienen als der gesetzliche Steuerfreibetrag. Mindeststandard muss eine 50%ige Rabattierung der Eintrittspreise bei städtischen Einrichtungen sein. Dazu gehören natürlich auch die Kammgarn AG, das Pfalztheater und die Museen in Kaiserslautern. Darüber hinaus sollte es weitergehende Vergünstigungen für den Besuch nichtausverkaufter Veranstaltungen geben.

### 2.2. Jugend- und Sozialarbeit

Die Jugend der Stadt wird, wie bei den Auseinandersetzungen um die Situation an der Shopping Mall klar wurde als Störfaktor des öffentlichen Lebens dargestellt und wahrgenommen. Dies wollen wir nicht so stehen lassen. Die Jugend braucht

Räume und Plätze in der Innenstadt, an denen sie sich treffen und verweilen kann ohne konsumieren zu müssen. Wir sehen es als unsere Aufgabe dafür zu sorgen und Druck auf die Stadtplaner\*innen zu machen, dass solche Freiräume geschaffen werden. Wir unterstützen auch den Wunsch der Jugendlichen sich wieder ein Jugendparlament zu schaffen um dort zusammenzutragen und zu diskutieren, was aus ihrer Sicht in der Stadt verändert werden muss. Wir plädieren in diesem Zusammenhang dafür, dass dieses neu zu schaffende Jugendparlament nicht nur ein Vorschlags- sondern auch ein Mitbestimmungsrecht bekommt, beispielsweise bei Entscheidungen, die Spielräume, Jugendtreffs, Schulausstattung, Schwimmbäder und Sportplätze betreffen und mit Haushaltsmitteln ausgestattet wird.

Für die Jugendlichen ist ein Ausbau der Sozialarbeit unbedingt erforderlich. Es ist unser aller Aufgabe dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche eine faire Chance auf ein gutes Leben haben. Dafür ist es notwendig dass die Sozialarbeiter\*innen nicht Teil des staatlichen Repressionsapparats sind, die erst in Erscheinung treten, wenn das Kind sprichwörtlich „schon in den Brunnen gefallen ist“, sondern als Mediator\*innen (d.h. Vermittlung zwischen Gesellschaft und den Jugendlichen), oder aber auch als Anwält\*innen der Interessen und Rechte dieser Jugendlichen dienen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, nach einer Erhebung des Bedarfes diesem mit einer ausreichend großen Anzahl an ausgebildeten Streetworkern seitens der Stadt Kaiserslautern begegnet wird.

In diesem Zusammenhang muss im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zwingend Personal insbesondere für die aufsuchende Jugendarbeit eingestellt werden. Gerade auch weil viele Jugendliche mit Migrationshintergrund ebenfalls betreut werden müssen, braucht Kaiserslautern mehr Streetworker.

Streetworker, die zu den Jugendlichen hin gehen und mit ihnen über ihre Ziele, Probleme, Wünsche sprechen.

Aber nicht nur Jugendliche brauchen Aufmerksamkeit. Auch für die vielen Erwachsenen in schwierigen Lebenslagen brauchen wir in Kaiserslautern mehr Sozialarbeiter, die sich kümmern. Und auch hier liegt der Schwerpunkt ganz klar auf der aufsuchenden Sozialarbeit. Ein wichtiger Bestandteil, der immer noch nicht umgesetzt ist.

Viel zu tun in Kaiserslautern und zu wenig Personal zur Unterstützung der Menschen in schwierigen Lebenslagen, aus diesem Grund wenden wir uns auch gegen die bestehende Sanktionspraxis des Jobcenters.

### 2.3. Barrierefreiheit / Behindertenpolitik

Körperlich und psychisch beeinträchtigte Menschen sollen in unserer Stadt selbstbestimmt leben können. Dazu gehört unbedingte Barrierefreiheit. In diesen Bereich sind alle Gebäude der öffentlichen Hand verpflichtend barrierefrei zu nutzen. Darüber hinaus sind die Bereiche Verkehrs- und Stadtplanung gefordert für Bedingungen in der Stadt zu sorgen, die es Menschen mit Beeinträchtigungen möglich macht sich frei in der Stadt zu bewegen. Aber auch die digitalen Angebote der Stadtverwaltung und der Betriebe in städtischem Eigentum sind barrierefrei auszubauen bzw. dementsprechend neu zu gestalten. Wir unterstützen die Einrichtung eines Inklusionsbeirates und treten auch hier für ein möglichst großes Mitbestimmungsrecht ein. Natürlich muss ein solcher Beirat von Betroffenen getragen werden. Haushaltsmittel für eine eigenständige Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit müssen zur Verfügung gestellt werden.



## 2.4. Mobilität

Darüber hinaus muss an der Zukunftsfähigkeit unseres Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der städtischen Verkehrsplanung gearbeitet werden. Ziel ist die größtmögliche Mobilität für Alle umzusetzen. Schwerpunkte eines solchen Verkehrskonzepts sind der ÖPNV und der Radverkehr, wobei in der Stadtplanung die Interessen aller Verkehrsteilnehmer\*innen zu beachten sind. Hauptschwerpunkt linker Verkehrspolitik in Kaiserslautern ist es, kurzfristig das Sozialticket einzuführen, die Tarife im ÖPNV sozialverträglich zu gestalten, das vorhandene Netz bei besserer Taktung weiter auszubauen und eine höhere Auslastung zu realisieren. Letzteres verbessert die finanzielle Effektivität. Eine bessere Verzahnung mit anderen Verkehrsangeboten soll erreicht werden. Dies alles ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nur mit dem bereits in mehreren europäischen Städten umgesetzten Konzept vom fahrscheinfreien ÖPNV erreichbar.

DIE LINKE. Kaiserslautern fordert, dass

- eine städtische Verkehrsinfrastruktur entwickelt wird, die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Erfordernissen gerecht wird.
- kommunale Verkehrspolitik nicht zuerst vom Auto aus geplant wird. Wir wollen, dass moderne Ideen und Konzepte umgesetzt werden.
- langfristig in Kaiserslautern der fahrscheinfreie Nahverkehr eingeführt wird.
- die Radwege in Kaiserslautern fahrradgerecht und Lücken im Radwegenetz endlich geschlossen werden. Dazu braucht es aber ein modernes Radwegenetz, inklusive der Berücksichtigung von modernen E-Bikes.

- Schnellladesäulen für Elektromobilität an geeigneten Positionen installiert werden, wie beispielsweise P+R-Parkplätzen
- die P+R-Parkplätze am Rande der Stadt weiter ausgebaut werden, so dass Gäste und Pendler\*innen mit dem ÖPNV oder mit dem Rad weiter ins Stadtzentrum fahren können.

#### 2.4.1. Sozianticket

Kaiserslautern verfügt über ein relativ gut ausgebautes und getaktetes Netz des öffentlichen Nahverkehrs. Allerdings ist der Preis von 2,10 Euro für eine Einzelfahrt mit dem Bus aus Sicht der LINKEN unsozial, unökologisch und nicht zukunftsfähig. Wenn die Preisentwicklung anhält, werden die Belastungen für Nutzer\*innen steigen und gute Mobilität in der Stadt wird nur noch für die bessergestellten Gruppen in der Gesellschaft erreichbar sein. Umsteuern tut Not!

Wir brauchen deshalb ein Sozianticket, das sich an unseren Vorstellungen des Sozialpass orientiert und monatlich nicht mehr als 25 Euro kosten soll.

#### 2.5. Kultur

Kaiserslautern rühmt sich eines großen vielfältigen kulturellen Angebots. Dies hat seine Berechtigung. Der derzeitige Kulturdezernent leistet in Kommunikation und Umsetzung sehr gute Arbeit. Das Dreisparten-Haus Pfalztheater, das von der Stadt und dem Bezirkstag getragen wird kann sich sehen lassen. Auch das Kulturzentrum Kammgarn mit einem vielfältigen Programmangebot erfüllt viele Bedürfnisse der Menschen in der Stadt und Region. Auch in Bezug auf Museen, zu nennen hier die Pfalzgalerie und das Stadtmuseum kann sich

Kaiserslautern sehen lassen. Trotz finanziell prekärer Lage scheint dieses institutionalisierte Programm gut abgesichert. Die Eintrittspreise sind leider aber auch dementsprechend.

Es besteht hier eindeutig Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass die vom städtischen Haushalt und somit von Allen getragene kulturelle Vielfalt nur einer Minderheit Besserverdienender zur Verfügung steht. Wir stehen für ein Recht auf kulturelle Teilhabe. Mit bildungsbürgerlichen Charity-Maßnahmen ist es nicht getan. Auch und gerade hierfür ist die Einführung eines Sozialpasses (siehe 2.1) unabdingbar!

Kaiserslautern verfügt darüber hinaus über eine sehr aktive freie Kulturszene mit verschiedensten Vereinen und weiteren Akteuren. Jede Menge bildnerisch arbeitender Künstler\*innen, Musiker\*innen mit Bandprojekten sind in der Stadt aktiv. Jährlich wird sich während der „Langen Nacht der Kultur“ damit gerühmt, doch die Situation der Künstler\*innen und Kulturvereine spiegelt das nicht wieder. Faktische Probleme sind Raummangel, ob es nun um Probe- und Veranstaltungsräume geht. Ateliers und freie Werkstätten, welche die Möglichkeit schaffen, nicht nur Kultur zu konsumieren, sondern auch selbst kreativ zu werden sind Mangelware. Es fehlt dadurch an einem niederschweligen Angebot um die Menschen in Kaiserslautern mit Kultur in Berührung zu bringen. Auch die Nutzung der gut aufgestellten Musikschulen ist für viele Menschen nicht leistbar.

Insgesamt braucht es im kulturellen Bereich eine größere Unterstützung der freien Szene, vor allem was die finanzielle Ausstattung und die Nutzung / Schaffung von weiteren Kulturräumen (Proberäume, freie Ateliers, Werkstätten und Veranstaltungsräume) betrifft. Dazu ist es erforderlich die Nutzung vorhandener Räumlichkeiten der öffentlichen Hand zu prüfen, aber auch Haushaltsmittel bereit zu stellen. Als logische

Konsequenz ergibt sich: Die Stadt muss als Träger des kommunalen Haushalts Druck auf die Landesregierung ausüben um den Kulturretat dauerhaft aus den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ herauszunehmen. Eine Mindestquote für die aus den städtischen Haushalten zu tragenden Ausgaben für Kultur ist anzustreben.

Wir unterstützen darüber hinaus vorbehaltlos die Akteure des Vereinszusammenschlusses „Kulturwerk Pfaff“ bei der Schaffung eines Kulturzentrums und dessen Verstetigung auf dem Pfaff-Gelände und geben den Druck für eine schnellstmögliche Klärung der Bedingungen und Umsetzung gerne in den Stadtrat und in die Stadtverwaltung weiter. Dies gilt darüber hinaus auch für weitere Initiativen, die sich für die Schaffung selbstbestimmter Kultur und Kommunikationsräume einsetzen.

## 2.6. Direkte Demokratie

### 2.6.1. Bürger\*innenhaushalt

Der Bürger\*innenhaushalt hat sich weltweit zu dem erfolgreichsten Partizipationsinstrument für Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Er trägt zur Herstellung von Transparenz und Demokratisierung haushaltspolitischer Entscheidungen bei. Deswegen wollen wir auch in Kaiserslautern einen Bürger\*innenhaushalt einführen. Es reicht nicht aus, den Haushaltsplan der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Vielmehr müssen verständliche Anleitungen und Erläuterungen gegeben werden, damit auch wirklich alle an der Diskussion und Entscheidungsfindung teilnehmen können.

Dabei kommt genau das zum Tragen, was Demokratie im Wesentlichen ausmacht: Bürgerinnen und Bürger können ihr

Wissen und ihre Vorstellungen in einer offenen, kreativen Art und Weise einbringen.

### *2.6.2. Partizipation: Ortsbeiräte, Stadtteilforen, E-Demokratie*

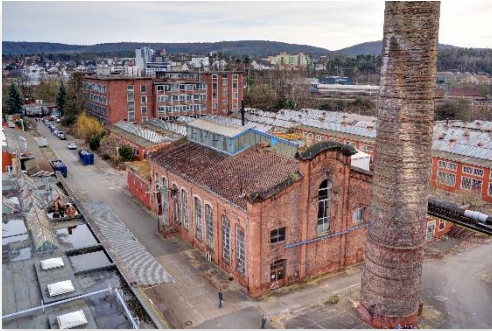
Viele Menschen in Kaiserslautern engagieren sich in unserer Stadt und möchten etwas bewegen. Wir wollen die Möglichkeiten zur Partizipation ausweiten: Menschen sollen mitbestimmen können, was in ihrem Wohn- und Lebensumfeld geschieht. Neben der Wiedereinrichtung der Innenstadt-Ortsbeiräte und der Etablierung von Stadtteilforen wollen wir auch die Digitalisierung nutzen, um weitere Formen von demokratischer Mitbestimmung zu nutzen – unter dem Stichwort E-Demokratie eine Mitwirkungsplattform für Information, Kommunikation und Partizipation aufzubauen.

### 2.7. Solidarische Stadt

Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft und tragen dazu bei, das Leben in Kaiserslautern bunter und vielfältiger zu gestalten. Sie sind, soweit dies auf kommunaler Ebene möglich ist, vor einer immer restriktiver werdenden Flüchtlingspolitik, egal ob auf Bundes- oder EU-Ebene zu schützen. Sie brauchen eine gesicherte Lebensperspektive, freien Zugang zu Wohnraum, Bildung, Kultur und Arbeit. Wir werden uns dafür stark machen, dass Sie auf allen Ebenen gleichberechtigt werden. Kaiserslautern ist nicht nur bunt, sondern auch eine solidarische Stadt.

### 3. Das PFAFF-Gelände und die zukünftige Stadtentwicklung

Nach dem Kauf des ehemaligen Werksgeländes der Firma PFAFF durch die Stadt Kaiserslautern, stand und steht die



zukünftige Entwicklung des Geländes vermehrt im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Es gründete sich die Bürgerinitiative "PFAFF erhalten - Stadt gestalten.",

welche seit ihrer Gründung einen großen Einfluss auf den bisherigen Verlauf der Entwicklung vorweisen kann.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt diese Initiative weiter, u.a.:

- zum Erhalt baukulturell wertvoller Bausubstanz (wie das alte und neue Verwaltungsgebäude, das Casino, die Pforte, der kleine Seeberger, das Kesselhaus, die Alte Gießerei sowie die Hallenfassaden entlang der Stadtachse),
- zur stärkeren Einbindung der Bürgerschaft in die Entscheidungsprozesse der Stadtentwicklung,
- zur kulturellen Aufwertung des neuen Quartiers (u.a. durch Unterstützung der freien Kulturschaffenden),
- zur Sicherstellung der sozialen Durchmischung innerhalb des Quartiers (Stichwort: Sozialquote im Wohnungsbau),
- und zum Erreichen einer städtebaulichen Qualität im Quartier (u.a. durch eine starke Einbindung des Gestaltungsbeirats,

durch Konzeptvergaben, durch Architektenwettbewerbe und durch eine Gestaltungssatzung).

Über 20 Mio. Euro Bundes-Fördermittel sollen in den nächsten 5 Jahren in das EnStadtPFAFF-Reallabor fließen; zur Förderung eines verkehrsarmen und klimaneutralen Quartiers. Die Fraktion DIE LINKE begrüßt dieses Vorhaben außerordentlich. Die hohe Fördersumme weckt aber auch hohe Erwartungen an das Verbundvorhaben.

Damit die Umsetzung der ausgesprochen hochgesteckten Ziele des Vorhabens auch tatsächlich gelingt, setzt sich die Fraktion DIE LINKE u.a. ein:

- für eine frühzeitige Einbindung der Bürgerschaft in das Projekt,
- für die umfängliche Integration des Projektes in den Bebauungsplan und in das Gestaltungshandbuch,

Der Einsatz der Bürgerschaft und der Bürgerinitiative soll über das PFAFF-Gelände hinaus Wirkung zeigen, und neue Maßstäbe für die zukünftige Stadtentwicklung in Kaiserslautern setzen. Die Bürgerinnen und Bürger können und sollen - durch ihr Einmischen - ihrer Stadtverwaltung und ihrer Politik am Beispiel PFAFF-Gelände zeigen, wie sie sich das Leben in ihrer Stadt zukünftig vorstellen.

### 3.1. Nachhaltigkeit und Integration

#### Nachhaltigkeit mit Genuss

Kaiserslautern soll, wenn es nach den LINKEN im Stadtrat geht, „Essbare Stadt“ werden. Ein im Rat beschlossener Antrag der LINKEN beauftragt die Verwaltung städtische Flächen dafür auszuweisen.

Städtischen Flächen, die im Sinne einer „Essbaren Stadt“ von Anwohnern mit Gemüse, Obst und Blumen bepflanzt werden sind erstmal ein schönerer Anblick als städtisches Begleitgrün. Die Flächen müssen zudem auch nicht mehr von der Stadt gepflegt werden. Und natürlich kann man das, was da wächst, essen. Selbst angebautes frisches Gemüse, Kräuter und Obst in einer Qualität, die es im Supermarkt um die Ecke nicht gibt. Aber der größere nachhaltige Nutzen dabei sind die gemeinsam erbrachten Arbeitsstunden, der ständige Austausch, die gemeinsame Pflege der Flächen und das alles ist ein starkes Moment der Integration. Kaiserslautern braucht diese Form der nachhaltigen Integration von allen Menschen, die sich für ihre „Essbare Stadt“ engagieren. Dafür fehlt noch die Umsetzung und die gilt es in der nächsten Legislatur anzugehen. Die Flächen tatsächlich für Gärten zur Verfügung stellen, Vereine oder Bürgerinitiativen oder einfach nur Nachbarschaftsgruppen unterstützen, die mit diesen Flächen aus Kaiserslautern eine „Essbare Stadt“ machen wollen.

## **4. Ökologisches Kaiserslautern**

Die Stadt Kaiserslautern hat sich in den vergangenen Jahren in Sachen Klimaschutz hohe Ziele gesteckt. Mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE, hat der Stadtrat den „Masterplan 100% Klimaschutz“ und den „Mobilitätsplan Klima+ 2030“ verabschiedet.

Die Fraktion DIE LINKE will sich auch zukünftig dafür einsetzen, dass es nicht nur bei guten Vorsätzen bleibt. Oft fehlt es der Stadtführung an Mut den gesteckten Zielen im Klimaschutz auch konsequent nachzugehen. Auflagen für Bauherren, wie eine Dach- oder Fassadenbegrünung oder auch eine solare Nutzung der Dachflächen, wurden bisher vor allem aus Angst vor einer Investorenflucht nicht in Kaiserslautern



umgesetzt. Dabei zeigen andere Städte, dass solche Maßnahmen eine Stadt grüner und attraktiver machen können. Bei der Planung von städtischen Neu- oder Umbauten sollte die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran gehen. Die Gebäude sollten so geplant werden, dass Dach und Fassade möglichst begrünt und solar genutzt werden können.

Aber auch bei der Erstellung von Bebauungsplänen und von städtebaulichen Verträgen müssen die eigenen Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte unbedingt berücksichtigt und befolgt werden.

Neben der Gebäudebegrünung, der damit zusammenhängenden Wasserrückhaltung und der solaren Nutzung, gehören zu einer ökologischen Stadtplanung auch das konsequente Freihalten von Frischluftschneisen, der Ausbau von Radwegen und der Erhalt von Baumbeständen in der Innenstadt.

Die Fraktion DIE LINKE kämpft in diesem Zusammenhang außerdem für eine Stärkung und Elektrifizierung des ÖPNV. Für eine ökologischere und lebenswertere Stadt sind weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschen in Kaiserslautern zu motivieren, auf das eigene Auto zu verzichten und ihre Wege in der Stadt mit dem ÖPNV, dem Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen.

Ein Prüfauftrag der Fraktion DIE LINKE zur Suche nach geeigneten Flächen zum Urban Gardening in Kaiserslautern wurde im Stadtrat mehrheitlich angenommen; aber auch hier scheint es zur tatsächlichen Umsetzung bisher an Mut zu fehlen.

Die Fraktion DIE LINKE will sich auch in der kommenden Wahlperiode weiterhin für ein ökologischeres, klimaschützendes Kaiserslautern einsetzen.

## **5. Friedenspolitik**

Wir fordern ein öffentlich finanziertes Konversionsprogramm zur Sanierung und Umwandlung aller militärischen Liegenschaften für gesellschaftlich sinnvolle Zwecke – vor allem in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales, Gesundheit, Tourismus und Gewerbeansiedlung. Das bestehende Konversionskataster aus der Potentialstudie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFK) zur Erfassung aller militärisch genutzter Liegenschaften ist hierfür bereits ein Schritt.

Wir unterstützen Friedensinitiativen, um kurzfristig eine Reduzierung der Militärpräsenz zu erreichen und langfristig auf eine Schließung der militärischen Anlagen in der Region Kaiserslautern hinzuarbeiten.

Um die Abhängigkeit der Arbeitsplätze von Rüstungsaufträgen und Krieg zu reduzieren, wollen wir in den Rüstungsbetrieben der Stadt Kaiserslautern die Gründung von Arbeitskreisen zur Umstellung auf zivile Produktion unter Beteiligung der betroffenen Betriebsräte und Gewerkschaften fördern.

Neben der Beendigung der insbesondere von der US-Air Base in Ramstein ausgehenden völkerrechtswidrigen Drohnen- und anderen Kriegseinsätzen, gilt es, die massiven Umweltbelastungen durch militärische Aktivitäten zu kontrollieren, allgemein zugänglich zu dokumentieren und zu stoppen.

Der gesundheitsschädliche Kerosinablass und die Feinstaubbelastung durch den militärischen Flugverkehr muss erfasst, veröffentlicht und beendet werden.

Der Fluglärm über der Region Kaiserslautern durch US-Militärtransportflugzeuge, TRA- und POLYGONE-Kampffjetübungen und Tiefflügen von Kampfhubschraubern muss gestoppt werden.

Die Flächenversiegelung durch militärische Anlagen und die Vergiftung des Grundwassers durch Tankanlagen mit JP-8 Militärtreibstoff, PFT-haltigem Löschschaum und chemischen Enteisungsmitteln muss beendet werden.

## **6. Faschismus bekämpfen**

Faschistisches und rassistisches Gedankengut gibt es leider auch in unserer Stadt. Deswegen streben wir in Kaiserslautern eine enge Zusammenarbeit aller Antifaschistinnen und Antifaschisten an und rufen zum konsequenten Widerstand gegen Faschismus auf.

Die Kommune ist die erste Ebene, auf der Faschismus kompromisslos und wirkungsvoll bekämpft werden muss. Dazu haben wir gemeinsam mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen das Bündnis „Kaiserslautern gegen Rechts“ gegründet.

Wir leisten Präventionsarbeit für Menschenwürde und Toleranz, stellen uns quer gegen rechte Aktivitäten und machen auf rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen in Kaiserslautern aufmerksam. Für unsere Aktionen gilt: Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen rechte Aktivitäten, da wir es als unsere Bürger\*innenpflicht verstehen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Faschisten bei ihren volksverhetzenden Aktionen zu stören. Denn die Geschichte lehrt uns, dass es keine freie Meinung mehr ist, wenn durch ihre Äußerung die Würde von Menschen anderer Herkunft, Abstammung oder Ethnie eingeschränkt wird. Wir sind

solidarisch mit allen, die sich den Faschistinnen und Faschisten entgegenstellen.

## **7. Finanzen / Haushalte**

Sieben der zehn höchstverschuldeten Kommunen in Deutschland liegen in Rheinland-Pfalz. Eine davon ist Kaiserslautern. Leider weigert sich die Landesregierung, für eine auskömmliche Kommunalfinanzierung zu sorgen. Die Finanzmisere unserer Stadt lässt sich allein durch Etatkürzungen nicht lösen. Die Finanzausstattung Kaiserslauterns ist in eine dramatische Schieflage geraten. Deswegen unterstützen wir die Forderung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz an die Landesregierung, ein Entschuldungsprogramm für Liquiditätskredite zu erarbeiten.

Wir setzen uns für eine solidarische kommunale Haushaltspolitik ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in Kaiserslautern orientiert.

Eine Stadt für Alle!  
Kaiserslautern



V.i.S.d.P

Michael Käfer (Sprecher des Stadtverbandes DIE LINKE.Kaiserslautern

Mühlstr. 44

67659 Kaiserslautern